

Zweite Rheinbrücke: „Jetzige Landesregierungen verhindern Baurecht“

In einer gemeinsamen Sitzung von politisch Verantwortlichen und Vertretern der Wirtschaft von beiden Seiten des Rheins wurde die aktuelle Situation zur zweiten Rheinbrücke diskutiert. Die Teilnehmer sind sich einig, dass die aktuellen Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg seit Jahren das Projekt zweite Rheinbrücke rigoros verzögern und damit gegen die Interessen der Bevölkerung beiderseits des Rheins handeln.

Der Abschluss der Planfeststellungsverfahren wird immer weiter verzögert. Es ist unklar, welche konkreten Untersuchungen nunmehr gefordert werden und warum immer wieder neue Fragen aufgeworfen werden, die der Realisierung des Baurechts entgegenstehen. „Damit wird vielmehr offensichtlich, dass die aktuellen Landesregierungen aus Grünen und SPD keine zweite Rheinbrücke wollen. Die unerträglichen Verzögerungen der Planungen, die weiter anhalten, führen dazu, dass die Realisierung der zweiten Rheinbrücke völlig aus dem Ruder läuft“, so sind sich die Landtagsabgeordneten Groh und Brandl einig.

„Die Anmeldung der zweiten Rheinbrücke mit der Anbindung an die B36 für den Bundesverkehrswegeplan durch die baden-württembergische Landesregierung muss nun endlich mit entsprechenden Planungen konkretisiert werden. Dazu gehört auch ein separates Planungsverfahren für die Anbindung der Rheinbrücke an die B36 durch das Land, ohne die Herstellung des Baurechts für die zweite Rheinbrücke weiter zu verzögern,“ so die beiden Bundestagsabgeordneten Ingo Wellenreuther und Dr. Thomas Gebhart. Schließlich habe der Bund eine grundlegende Voraussetzung geschaffen und unterstützt eine zusätzliche Anbindung der neuen Rheinbrücke an die B 36. Es liege am Land Baden-Württemberg, dafür endlich die Planungen in Angriff zu nehmen.

Die Karlsruher Stadträte Bettina Meier-Augenstein und Tilman Pfannkuch kritisieren, dass der Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Mentrup für diesen Fall bereits eine Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss angekündigt habe. Bemerkenswert sei in diesem Zusammenhang, dass sich der OB noch im Wahlkampf für die zweite Rheinbrücke ausgesprochen hatte.

Die Runde besichtigte zum Abschluss ihres Treffens die Stelle, für die OB Dr. Mentrup die Ersatzbrücke gefordert hatte. Der Abriss von etlichen Häusern und die Umsiedlung von zahlreichen Maximiliansauer Bürgern wären für diesen Plan notwendig gewesen. „Es ist nicht nachvollziehbar, wie man einen solchen Vorschlag machen konnte. Ich bin froh, dass der Bund dieser Variante eine klare Absage erteilt hat“, so Harald Seiter der Bürgermeister von Wörth.

Auch der Präsident der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz bezog eindeutig Position: Die Realisierung der zweiten Rheinbrücke sei für die Wirtschaft in der ganzen Region das wichtigste infrastrukturelle Vorhaben. Dies hatten die IHKs Karlsruhe und Pfalz auch vor zwei Jahren in einer gemeinsamen Resolution deutlich gemacht. „Wir haben kein Verständnis, dass die rot-grüne und grün-rote Landesregierungen dieses Projekt offensichtlich nicht realisieren wollen“, so IHK-Präsident Willi Kuhn.

Zu diesem enttäuschenden Ergebnis kommen Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verbänden sowie der Verwaltung beiderseits des Rhein, die sich am Freitag (7. März 2014) in Karlsruhe zu Beratungen über den weiteren Fortgang getroffen und beraten haben.

Dr. Thomas Gebhart MdB

Ingo Wellenreuther MdB

Dr. Fritz Brechtel, Landrat

Dr. Christoph Schnaudigel, Landrat

Manfred Groh MdL

Martin Brandl MdL

Harald Seiter, Bürgermeister

Willi Kuhn, IHK Pfalz

Bettina Meier-Augenstein, Stadträtin Karlsruhe

Tilman Pfannkuch, Stadtrat Karlsruhe

Matthias Blum, Firma Michelin Karlsruhe